



Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 10100 Berlin

An die
Mitglieder der Fraktion
von CDU/CSU und SPD
im Deutschen Bundestag

Katherina Reiche
Bundesministerin

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
10100 Berlin

Tel. +49 30 18 615-7600
Fax +49 30 18 615-7030

info@bmwe.bund.de

bundeswirtschaftsministerium.de

Berlin, 29. Januar 2026

Seite 1 von 4

Jahreswirtschaftsbericht 2026: Ehrliche Bestandsaufnahme – Ansporn für mehr Mut zu Reformen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2026 (Titel: „Investitionen und Reformen für Wachstum und Resilienz“) legt die Bundesregierung den ersten umfassenden Überblick über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik vor.

Dieser Bericht dient sowohl der Bestandsaufnahme zur wirtschaftlichen Entwicklung und bereits auf den Weg gebrachter Maßnahmen dieser Regierung als auch dem Ausblick auf die konjunkturelle Entwicklung und die weiterhin notwendigen Reformen.

Konjunkturelle Erholung nach Jahren des Rückgangs und der Stagnation

Die gute Nachricht vorweg: Für 2026 erwartet die Bundesregierung, dass unsere Volkswirtschaft zwei Jahre Rezession und ein Jahr der Stagnation hinter sich lässt und ein reales Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent erreicht.



Seite 2 von 4

Diese konjunkturelle Erholung wird von einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Dynamik – bei gleichzeitig etwas nachlassenden außenwirtschaftlichen Belastungen – getragen. Vor allem von den **wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung gehen dabei spürbare Wachstumseffekte** aus; sie dürften für sich genommen rund zwei Drittel Prozentpunkte zum BIP-Zuwachs des Jahres 2026 beitragen.

Die Bundesregierung geht entschlossen Reformen an

Die Bundesregierung flankiert die konjunkturellen Impulse mit einer ambitionierten Reformagenda, um die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufgebauten strukturellen Schwächen des Wirtschaftsstandorts anzugehen. Hierzu zählen unter anderem hohe Bürokratiekosten, ein Investitionsstau bei Infrastruktur und Digitalisierung, der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials aufgrund des demografischen Wandels, hohe Energiekosten sowie hohe Abgaben auf Arbeitseinkommen sowie hohe Steuern auf Unternehmenserträge.

Diese Faktoren lasten nicht nur auf der Konjunktur, sondern auch auf der privaten Investitionstätigkeit. So waren die privaten Bruttoanlageinvestitionen die letzten drei Jahre rückläufig, und gingen seit 2019 um insgesamt 11 Prozent zurück. Diese Entwicklung droht den Hochlauf bei den öffentlichen Investitionen zu konterkarieren.

Die Bundesregierung hat daher gleich zu Beginn ihrer Amtszeit gezielte Maßnahmen zur Stärkung privater Investitionen beschlossen – beispielsweise im Rahmen des steuerlichen Investitionssofortprogramms.

Zusätzlich fokussiert sie zur Stärkung von Investitionen und Wachstum auf die folgenden Reformbereiche:

1. **Unnötige Bürokratie abbauen:** Mit Entlastungskabinetts und Modernisierungsagenda hat die Bundesregierung ein ganzes Maßnahmenbündel zum Bürokratierückbau beschlossen. Außerdem wird die Bundesregierung Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen. Dadurch können private und öffentliche Investitionen schneller umgesetzt werden. Zudem erhöht sich die Wirkung der fiskalischen Impulse, weil die für zusätzliche Investitionen bereitgestellten Mittel schneller abfließen können.



2. **Moderne und verlässliche Infrastruktur:** Mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität hat die Bundesregierung eine umfassende Investitionsoffensive zur Modernisierung und zum Ausbau des Kapitalstocks mit Schwerpunkt auf Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung eingeleitet. Im Jahr 2026 stellt der Bund rund 128,7 Milliarden Euro für Investitionen (Kernhaushalt, SVIK sowie KTF) zur Verfügung. Dies entspricht einer Steigerung um rund 13 Milliarden Euro gegenüber dem Soll des Vorjahres. Damit setzt die Bundesregierung wichtige Wachstumsimpulse und verbessert die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft.
3. **Bessere Rahmenbedingungen und Kapazitäten für Innovationen** schafft die Bundesregierung unter anderem durch die Hightech Agenda Deutschland, das Reallabore-Gesetz sowie die Prüfung von Experimentierklauseln für neue Gesetze. Mit dem im Dezember 2025 gestarteten Deutschlandfonds wird die Bundesregierung durch den gezielten Einsatz von öffentlichen Mitteln privates Kapital zur wirksamen Finanzierung zentraler Zukunftsinvestitionen und damit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mobilisieren.
4. **Energiekosten senken:** Die Maßnahmen der Bundesregierung entlasten Unternehmen, Verbraucherinnen und Verbraucher in Summe um mehr als 30 Milliarden Euro im Jahr 2026. Zudem führt sie für die Jahre 2026 bis 2028 einen Industriestrompreis ein und wird die Strompreiskompensation künftig auf weitere strom- und handelsintensive Wirtschaftssektoren ausweiten sowie für bestimmte Sektoren in Form einer Erhöhung der Beihilfeintensität vertiefen.
5. **Arbeitsangebot ausweiten, Sozialsysteme reformieren:** Das Arbeitsangebot stärkt die Bundesregierung durch die am 1. Januar 2026 in Kraft getretene Aktivrente und die Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbots nach Erreichen der Regelaltersgrenze. Durch die reformierte Grundsicherung stärkt sie auch die Anreize für Arbeitsuchende. Der Bundesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, die Finanzierung der Sozialversicherung nachhaltig zu gestalten, die Beiträge zu stabilisieren und damit höhere Belastungen von Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern zu begrenzen.



Seite 4 von 4

6. **Diversifizierung der Handelsbeziehungen vorantreiben:** Die Unterzeichnung des EU-MERCOSUR-Abkommens unterstreicht den Wert des regelgebundenen Handels in Zeiten geopolitischer Umbrüche. Die Bundesregierung setzt sich für eine WTO-Reform und weitere Freihandelsabkommen ein. Sie begrüßt zudem die EU-Binnenmarktstrategie und die ergänzende Roadmap: Insbesondere die Schaffung eines 28. Regime und Fortschritte bei Spar- und Investitionsunion können mittelfristig zu mehr Innovationen und Investitionen in Europa beitragen.

Erholung als Ansporn für mehr Reformen verstehen

Mit diesen Maßnahmen hat die Bundesregierung eine gute Grundlage gelegt. Zur Wahrheit gehört aber auch: Wir erleben noch keinen sich selbst tragenden Aufschwung. Die konjunkturelle Erholung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **strukturellen Wachstumsperspektiven weiterhin spürbar abgeschwächt** und angesichts tiefgreifender Umbrüche mit einer erhöhten Unsicherheit behaftet sind. Beim Wachstumspotenzial für die kommenden Jahre rangieren wir innerhalb der EU weiter auf den letzten Plätzen.

Die aktuelle konjunkturelle Erholung müssen wir daher für die nötigen Strukturreformen, für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, nutzen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, neue Wachstums- und Reformimpulse zu setzen, auch wenn dies mitunter schmerzhaft Kompromisse bedeutet. Die gestern vorgestellten Empfehlungen der Sozialstaatskommission sind dafür ein guter Anfang und sollten nun zügig umgesetzt werden.

Denn beim Wachstum geht es um weit mehr als um abstrakte Zahlen: Es geht um individuelle Lebens- und Aufstiegschancen, die dauerhafte Bezahlbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und darüber hinaus die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft sowie letztlich unserer demokratischen Institutionen.

Mit freundlichen Grüßen